

Drohnen-Vorfall

# Warnung vor der nächsten Eskalation

Noch laufen die Ermittlungen zum Drohnen-Vorfall von Leipzig. Die Bundesregierung, vertreten durch Innenminister Alexander Dobrindt (CSU), spricht zwar von einem „hybriden Anschlagsszenario“, vermeidet aber bewusst, Russland als Täter zu benennen. Dennoch scheint der politische Reflex rund um das Regierungsviertel bereits eingesetzt zu haben. Kaum war die Drohne mit Sprengvorrichtung am Flughafen von einem Busfahrer entdeckt worden, überschlugen sich Forderungen nach einer härteren Gangart. Im Fokus steht – mal wieder – Putins Russland.

Es ist bemerkenswert, wie binnen weniger Stunden große geopolitische Fragen wie Krieg und Frieden den zweitgrößten Flughafen Ostdeutschlands erreicht haben. Die Ermittlungen laufen nach Angaben der Behörden in alle Richtungen. Öffentlich belastbare Beweise für eine russische Urhebererschaft liegen nicht vor. Trotzdem sprechen zahlreiche Politiker und Sicherheitsexperten bereits so, als passe der Fall in ein bekanntes Muster russischer hybrider Kriegsführung.

Der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter geht noch weiter und fordert Konsultationen nach Artikel 4 des Nato-Vertrags – der greift, wenn ein Mitglied seine Sicherheit bedroht sieht. Es ist die Vorstufe zum Bündnisfall nach Artikel 5. Kiesewetter sagte, Deutschland solle zumindest Artikel-4-Konsultationen anstrengen, da die Zunahme hybrider Angriffe zu einer „Gewöhnung“ führe.

Auch die Grünen verlangen Beratungen im Nationalen Sicherheitsrat und auf Nato-Ebene. Fraktionschefin Katharina Dröge sprach von einem „erheblichen und schweren hybriden Angriff“, bei dem sehr viel auf einen staatlichen Akteur hindeute. Sollte sich dies bestätigen, handele es sich um „Staatsterrorismus“, auf den Deutschland reagieren müsse. Bloß, wie soll Deutschland reagieren? Mit einer Kriegserklärung an den Kreml?

Sicherheitsexperte Nico Lange, wie Kiesewetter und die Grünen kein Freund Russlands, drängt auch auf Konsequenzen. Im ZDF erklärte er, Deutschland verliere sich zu oft in Debatten, statt zu handeln. „Wir sind so typisch deutsch gut dabei, lange über Dinge zu reden und viel

leicht noch etwas auf Papier zu schreiben, machen dann aber praktisch nichts.“ Der Vorfall passe ins Muster früherer hybrider Angriffe Russlands. Gleichzeitig räumte auch er ein, dass geklärt werden müsse, ob es sich um einen Anschlagversuch oder um eine Aktion zur Einschüchterung gehandelt habe. Auch wenn die Urheber-schaft ungeklärt ist, scheint die Stoßrichtung bereits festzustehen: Gegen Russland.



NICOLAS BUTYLIN



DPA

Egal, wer in Wochen oder Monaten als Täter identifiziert wird, dient der Fall bereits jetzt als Argument, um mehr Überwachung der kritischen Infrastruktur zu fordern, den Ausbau der Drohnenabwehr, eine stärkere militärische Zusammenarbeit innerhalb der Nato und eine härtere Abschreckung gegenüber Russland.

Hinzu kommt die militärpolitische Gemengelage rund um den Drohnenfund. Die Ukraine steht militärisch unter enormem Druck, für Kiew läuft es nicht gut. Die russische Armee schreitet im Donbass immer weiter voran, in der Ukraine kursieren Schreckensszenarien für den kommenden Winter. Die Führung von Präsident Wolodymyr Selenskyj wirbt seit Beginn des Krieges immer wieder für eine stärkere Unterstützung durch die westlichen Verbündeten und drängt auf zusätzliche Waffen, Munition und Luftverteidigung. Dass sich viele Entscheidungsträger in der Ukraine seit Kriegsbeginn eine deutlich aktivere Rolle der Nato wünschen, ist kein Geheimnis. Gleichzeitig richten die USA ihren außenpolitischen Fokus zunehmend auf den Nahen Osten und den strategischen Wettbewerb mit China. Wird nun Deutschland einen größeren Teil der militärischen und finanziellen Last schultern müssen?

Ob bewusst oder unbewusst: Der Leipzig-Vorfall fügt sich in eine Erzählung ein, nach der Deutschland verstärkt in den Ukraine-Konflikt hineingezogen wird. Wir seien nun ein unmittelbares Ziel eines hybriden Konflikts mit Russland, wollen uns Kiesewetter, Lange & Co. weismachen. Je stärker sich diese Sicht, besonders im ÖRR, verfestigt, desto leichter dürfte es den politisch Verantwortlichen fallen, weitreichende sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen zu begründen.

Derzeit wäre Zurückhaltung besser. Ein Rechtsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass erst ermittelt und dann bewertet wird – nicht umgekehrt. Wer einen ungeklärten Fall schon nach Stunden zum Beleg für eine neue Eskalationsstufe erklärt, läuft Gefahr, politische Schlussfolgerungen zu ziehen, bevor die Fakten vorliegen. Für eine nüchterne Sicherheitsanalyse ist das kein guter Maßstab und kann gefährlich enden. Deutsche Politiker und Experten sollten das wissen. Besonders im Umgang mit Russland, der größten Atommacht.

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.